

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 244

Freitag, den 18. Oktober 1918

13. Jahrgang

Das Manifest des Kaisers Karl über den neuen Bundesstaat Oesterreich

Die deutsche Erwidrerung auf Wilsons Note.

Gestern vormittag ist das sogenannte Kriegskabinet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Beratung der Wilsonnote zusammengetreten und hat auch Mitteilungen von hoher militärischer Seite entgegengenommen. Die Antwort wird noch nicht fertiggestellt werden und es dürften bis dahin vielleicht noch Tage vergehen. Auch der Bundessratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten und führende Persönlichkeiten des Reichstags werden befragt werden. Ferner ist der Chef des Admiralstabes, Admiral Scheer, in Berlin eingetroffen. Das Eintreffen von Hindenburg und Ludendorff wird erwartet. Mit Rücksicht darauf, daß das Ende der Beratungen über die Note noch nicht vorhergesehen werden kann, ist der für heute Freitag geplante gelbes Zusammentritt des Reichstages, wie schon angekündigt, abermals hinausgeschoben worden. Ein bestimmter Termin konnte noch nicht festgesetzt werden. Man nimmt an, daß der Reichstag vielleicht zum Dienstag einberufen wird. Die „Völkische Volkszeitung“ spricht von der Möglichkeit, daß vorher der Hauptauschuss zusammentritt.

Wie andererseits aus Kreisen der Mehrheitsparteien verlautet, wird die deutsche Antwortnote an Wilson mutmaßlich spätestens heute Freitag früh dem Schweizerischen Botschaften zur Weiterleitung ausgehändigt werden. Bezüglich ihres Inhalts wurde in den Fraktionsitzungen allgemein verklärt, daß sie absichtlich den Weg zu weiteren Verhandlungen freiläßt und daß ihre Form den Präsidenten Wilson zu einer reslosen Bekanntheit seiner Friedensbedingungen veranlassen wird, um eine schnelle Klärung der ganzen Situation herbeizuführen.

Im Reichstag fanden gestern nachmittags Fraktionsitzungen der Mehrheitsparteien statt. Auch die Unabhängigen Sozialdemokraten, die zurzeit sehr rege sind, haben für heute und morgen Sitzungen anberaumt.

Eine italienische Erläuterung der Wilson-Note.

Die Völkische „Apenzia Stefania“ verbreitet folgende Note:

Die Antwort des Präsidenten Wilson ist klar und entschieden, so wie es die Notwendigkeiten der allgemeinen militärischen und politischen Lage erfordern. Vor allem stellt die Antwort klar fest, daß über die Art, wie die besetzten Gebiete von den Mittelmächten geräumt werden sollen und über die Bedingungen für die Bewilligung jeglichen Waffenstillstandes ausschließlich militärische Organe der alliierten Mächte und nicht eine gemischte Kommission entscheiden sollen. Sie entgeht auf diese Weise einer der deutlichsten Forderungen der deutschen Antwort. Die Antwort Wilsons erklärt auf das Klarste, daß die Alliierten und vor allem die Regierung der Vereinigten Staaten verlangen, daß jeglicher Waffenstillstand keinesfalls und auf keinerlei Weise zum Vorteil des Feindes ausschlagen dürfe, indem er seine militärische Lage im Falle einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verbessern. Dies schließt ein, daß die Alliierten sich alle nötigen Pfänder sichern müssen, um jede mögliche Falle unschädlich zu machen. Die Antwort erklärt, im Namen des Präsidenten Wilson und der Alliierten, daß ein Waffenstillstand nicht einmal erwogen werden könne, solange die Streitkräfte des Gegners sich weiterhin Grausamkeiten zuschulden kommen lassen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, wie die Torpedierung von Handelsschiffen und Selbst von Rettungsbooten, die Gaskammerung von Cambrai und St. Quentin, die Plünderung dieser beiden Städte usw. Schließlich lenkt der Präsident erneut die Aufmerksamkeit der Feinde auf die Tatsache, daß sich unter den von ihm geforderten, für das Zustandekommen einer Verständigung und eines Friedens unumgänglichen Bedin-

gungen, von denen sie erklärt haben, daß sie sie annehmen, sich eine befindet, die jegliche autoritative Macht, wie sie gegenwärtig in Deutschland besteht und die willkürlich den Weltfrieden stören könnte, ausgeschlossen wird. Präsident Wilson behält sich vor, auf das von Oesterreich-Ungarn an ihn gerichtete Ersuchen um Waffenstillstand und Frieden eine gesonderte Antwort zu erteilen, augenscheinlich infolge der Notwendigkeit, die besonderen ethischen und inneren Verhältnisse der Monarchie besonders in Betracht zu ziehen.

Minister Asquith über den Frieden.

Aus London wird gemeldet: In einer Rede im National-Parlament in London sagte vorgestern der englische Minister Asquith, das Risiko des feindlichen Widerstandes ist gebrochen und unsere Ziele werden wir erreichen, falls wir nicht absichtlich und unbedonnen darauf verzichten. Asquith kam auf die große Entscheidung zurück, der sich die britische Regierung Anfang August 1914 gegenüber sah, und sagte: Wir hätten abseits bleiben können. Aber niemand in England wird wünschen, daß das Land damals eine solche Entscheidung getroffen hätte. Wir dürfen nicht vergessen, sagte Asquith weiter, daß während Ozean und seine tapferen Truppen Belgien und Nordfrankreich von den Eindringlingen säuberten, die Flotte und ihre Hilfskräfte von der Handelsmarine es waren, deren langsame und andauernde Tätigkeit die aggressiven und die defensiven Kräfte des Feindes unablässig vermindert hat. Niemand zuvor in der Geschichte bedachte sich die Macht, die in der Beherrschung der Meere liegt, mehr, als gerade in diesem Kriege.

Ueber das Friedensangebot sagte Asquith: Es ist aufrichtig, da es offenbar vom Volke ausgeht, das in seinem innersten Herzen das Spiel aufgegeben hat. Die beiden Antworten Wilsons an Deutschland waren im Geiste und Inhalt genau das, was der Augenblick forderte. Sie waren kurz und bündig, würdig und trafen den Kern der Sache. Bezüglich der letzten Note, die Wilson nicht an Oesterreich, sondern an Deutschland allein gerichtet hatte, hob Asquith die Bedeutung und Gerechtigkeit ihrer Bedingungen hervor und betonte die Unmöglichkeit, mit einem Feinde zu verhandeln, der die „Leinwand“ versenkte (I), mutwillig Städte und Dörfer in Frankreich und Flandern zerstörte und ungläubliche Barbareien an Gefangenen (II) beging. Asquith schloß: Wir müssen uns Sicherheiten verschaffen, daß die Regierung, die uns auffordert, mit ihr zu verhandeln, nicht der alte preussische Militarismus in demokratischer Maske ist. Das ist die große Frage. Die Antwort darauf kann einzig und allein vom deutschen Volke selbst kommen.

Es lohnt sich nicht, sich mit diesen abgedroschenen Redensarten auseinanderzusetzen. Bemerkenswert ist nur, daß Asquith hier wiederum auf Englands Macht in der Beherrschung der Meere pocht, während doch allgemein, auch von Wilson, die Freiheit der Meere gefordert wird.

Kriegswind in Amerika.

Die „Neue Haager Korrespondenz“ meldet aus Washington: Die amerikanische öffentliche Meinung prägt sich mit größter Entschiedenheit für die unvermeidliche Fortführung des Krieges aus. Die gesamte Presse wiederholt: Kein Waffenstillstand, kein Friede! Die aus Frankreich und England eingetroffenen Nachrichten, die besagen, daß diese beiden Länder jegliche Annäherung ablehnen, rufen in Washington größte Befriedigung hervor. Nach einer Rautenmeldung aus Newyork schreiben die „Newyork Times“ über die Antwort Wilsons: Der Präsident spricht den Amerikanern aus der Seele, wenn er die Uebergabe Deutschlands für die notwendige Vorbedingung für Friedensverhandlungen erklärt. Die „Newyork Tribune“ schreibt: Die Antwort des Präsidenten soll es der kaiserlichen Regierung unmöglich machen, dem deutschen Volke zu sagen: Wir eruchten vergeblich um Frieden, unter Wilsons eigenen Bedingungen. „Chicago Tribune“ schreibt: Der Präsident hat dem deutschen Volke deutlich gezeigt, unter welchen Bedingungen es den Frieden suchen muß. „Boston Globe“ schreibt: Wilson hat die in Deutschland herrschende Klasse in ein Dilemma verfest. Wenn sie das Roberts Gebiet räumt, wird sie dadurch, daß sie ihr Land in einen nutzlosen Krieg stürzt, desastriert, wenn sie aber nicht räumt, so kann kein Waffenstillstand ge-

mäßigt werden. Die Lage des Junktums ist bergwinkelt. Sie wird noch schlimmer werden.

Fragen im amerikanischen Senat.

Der Pariser „Demps“ veröffentlicht eine Sonderbeilage, nach der Lansing im Senatsauschuss auf eine Anfrage Lodge geantwortet habe, die Bedingungen seien endgültig. Eine weitere Anfrage Lodge, ob Amerika auch Erstattung seiner Kriegskosten verlange, blieb unbeantwortet. Der „Herald“ meldet aus Newyork: Der Senatsauschuss beriet am 14. Oktober über die allgemeine Lage. Lansing gab Erklärungen zu der zweiten Note Wilsons ab, die vom Senatsauschuss einstimmig gebilligt wurden.

Der alliierte Kriegsrat.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Der alliierte Kriegsrat hat sich in seiner letzten Sitzung als ständige Instanz für die Fragen des Friedens und Waffenstillstandes erklärt. Der Kriegsrat hat seine neue Tätigkeit mit der Begutachtung der Wilsonschen Forderungen an die Mittelmächte begonnen.

Zur inneren Lage.

Ein neuer Kronrat in Dresden.

Unter dem Vorsitz des Königs und in Gegenwart des Kronprinzen fand gestern in Dresden eine Sitzung des gesamten Ministeriums statt.

Der Reichskanzler und der Militärverordnungsstab.

Nach § 8 der kaiserlichen Verordnung vom 16. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1918 trifft der Obermilitärverordnungsstab (Preuß. Kriegsminister) alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten Vertreter. Auf Grund dieser Vorschrift hat der Reichskanzler den Staatssekretär Erber zu seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

Weitere Ernennungen im Reich.

Der „Reichsanzeiger“ gibt das folgende bekannt: Seine Majestät der Kaiser haben allergnädigst geruht: das Mitglied des Reichstags Rechtsanwalt Hauffmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs, das Mitglied des Reichstags Schriftsteller Dr. David mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, das Mitglied des Reichstags Arbeitersekretär Giesberts mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsarbeitsamt, das Mitglied des Reichstags Arbeitersekretär Schmidt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt zu beauftragen und den Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt zu ernennen. (Vgl. Hauffmann ist württembergischer Fortschrittler, Dr. David, Schmidt und Dr. Müller sind Sozialdemokraten, Arbeitersekretär Giesberts Führer der christlich-katholischen Arbeiterbewegung.)

Parlamentarisierungsantrag in Bayern.

Die liberale bayerische Landtagsfraktion hat in der Kammer folgenden Antrag eingebracht: „Die heutige Lage und die Umgestaltung des Verfassungslebens im Reich erfordern auch für Bayern ein neues Regierungssystem und einen maßgebenden Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammensetzung der Regierung. Zur erfolgreichen Führung der Geschäfte und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in dieser schweren und erregten Zeit ist es notwendig, der Regierung ein Vertrauen zu sichern, das ein bloßes Beamtensministerium, besonders unter den heutigen Verhältnissen, nicht besitz. Alle Parteien des Landtags müssen unverweilt durch die notwendigen Reformen in die Lage versetzt werden, durch Männer ihres Vertrauens die Verantwortung für die Regierung mit zu übernehmen, und haben andererseits die Verpflichtung, sich dieser gemeinsamen Verantwortung nicht zu entziehen.“

Die Kaiserin und die Heimkehrerinnen.

Die Kriegstagung Christlich-nationaler Heimkehrerinnen hat an die Kaiserin folgendes Telegramm gerichtet: In unerschütterlicher Treue grüßen die Christlich-nationalen Heimkehrerinnen in der Zeit bitterster Not ihre geliebte Kaiserin. Die sie bereit waren und sind, weiter mit ungebrogendem Mut die Mühen des Krieges zu tragen, wenn unser Friedensangebot zurückgewiesen wird, so geloben sie, in den kommenden schweren Zeiten sich und ungebeugt mit daran arbeiten zu wollen,